

Tresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Wochenscheit Dresden
Fremdverlag: Emissionen: 10 541
Aus der Verlagsanstalt: Nr. 10011
Gesamteilung u. Kopierarbeiten:
Dresden - 1, Markstraße 10/11

Bezugspreis bei täglich zweimaliger Auslieferung monatlich 2.00 RM. (einschl. 10 Wfg. für Zustellung), nach Postbezugs 2.50 RM. (einschl. 10 Wfg. für Zustellung). Einzelhefte 10 Wfg. (einschl. 10 Wfg. für Zustellung). Die Abnahme von 100 Exemplaren ist erforderlich. Bei Abnahme von 500 Exemplaren ist eine Anzahlung von 100 Wfg. erforderlich. Bei Abnahme von 1000 Exemplaren ist eine Anzahlung von 200 Wfg. erforderlich. Bei Abnahme von 5000 Exemplaren ist eine Anzahlung von 1000 Wfg. erforderlich. Bei Abnahme von 10000 Exemplaren ist eine Anzahlung von 2000 Wfg. erforderlich. Bei Abnahme von 50000 Exemplaren ist eine Anzahlung von 10000 Wfg. erforderlich. Bei Abnahme von 100000 Exemplaren ist eine Anzahlung von 20000 Wfg. erforderlich.

Verlag: W. G. Korn & Co., Leipzig
Zustellungsstelle: Leipzig, Markt 1
Telefon: 1111

Neue scharfe Erklärung Laval's

Vertrauensvotum erhält 51 Stimmen Mehrheit

Paris, 22. Januar. Die Kammer lehnt am Freitag die Kreditfrage über die Außenpolitik der Regierung fort. Der Radikalsocialist Bergery ging von der Tribüne aus auf die Politik der Regierung ein und meinte, daß die Haltung der Reichsregierung bereits eine Auswirkung der Diktatorischen Drucks sei. Die Ausübung der deutschen Politik durch die französische Regierung ist jedoch erst durch die negative Politik der französischen Regierung möglich geworden. Frankreich habe seit 15 Jahren Versäumnis über Versäumnis begangen. Voraussetzung für die Beibehaltung der Schuld sei erstens, daß der Schuldner Zahlungsfähig sei, zweitens, daß der Gläubiger Zwangsmittel zur Verfügung habe. Welche Voraussetzungen seien aber nicht gegeben. Zur Zahlungsfähigkeit der Schuldner fehlte es, wenn die französische Regierung die Sicherheit gewährte, so bedeutete das eine Fortsetzung der Zahlungsunfähigkeit. Deutschland habe bis 1925 den Verfall der Schuld nicht abgelehnt, erst als der Kontrollenstand abgeschlossen worden sei, hätten die Geheimräte begonnen.

Die einstige Möglichkeit, diesem Zustand ein Ende zu bereiten, sei die Wiedereinführung dieses Kontrollenstandes. Die jedoch nur dann zu verwirklichen sei, wenn sie sich gleichzeitig auf Frankreich ausdehne. Frankreich habe vor der Wahl, entweder eine politische Politik zu treiben, oder aber plötzlich vor ein Nichts gestellt zu werden.

Ministerpräsident Laval

solte einleitend der Politik und der Persönlichkeit Laval's anerkennende Worte und erklärte: Ich bleibe ein Anhänger seiner Politik und werde mich bemühen, sie weiterzuführen. Er gab dann einen Überblick über die vergangene deutsch-französische Politik von der Abstinenzräumung ab und ging schliesslich auf die letzten Ereignisse über. Er schloß in zeitlicher Reihenfolge die Besprechungen an, die der Reichskanzler in Berlin gehabt hatte. Am 6. Januar sei Francois Poncelet von Brining empfangen worden, der ihm erklärt habe, daß Deutschland nicht in der Lage sei, die Zahlungen wieder aufzunehmen. Am 7. Januar habe Francois Poncelet diese Erklärungen nach Paris gebracht. Am 8. Januar habe der Reichskanzler die gleichen Erklärungen auch dem englischen Botschafter gegenüber abgegeben, und am 9. Januar sei in London ein Telegramm eingelaufen, wonach der Reichskanzler erklärt habe, Deutschland zahle nicht mehr. Später habe man dies Telegramm berichtigt. Am gleichen Tage habe Frankreich protestiert. Am 14. Januar habe der Reichskanzler noch einmal den französischen Botschafter empfangen und ihm seine ersten Erklärungen wiederholt. „Nach diesen Erklärungen“, so fuhr Laval fort, „kann man sich über die Absichten der Reichsregierung nicht mehr im Zweifel sein. Prüfung annulliert zwar nicht den Monatsplan; er erklärt aber, daß das Reich auf Jahre hinaus nicht zahlen kann.“

Frankreich wird niemals auf die Rechte verzichten, die ihm durch die Verträge zugesprochen sind und die nur einen Teil der erlittenen Schäden wieder gutmachen. Diese deutsche These ist für uns unannehmbar.“

Laval verwies auf die Schlussfolgerungen der Baleser Sachverständigen, aus denen hervorgehe, daß Deutschland nach Überwindung der Krise einen großen Aufschwung erleben werde. Diese Schlussfolgerungen ermächtigen und eine endgültige Neuverteilung der Reparationslasten zu verweigern, weil die Zahlungsunfähigkeit des Reiches nicht nach der ausländischen Lage bemessen werden kann. Wie sind bereit, für die Verträge der wirtschaftlichen Krise eine neue Forderung zu treffen, wir werden aber keinerlei Überlegungen der Reparationen annehmen, wenn sie nicht durch eine gleichzeitige Deckerfassung unserer Schulden gegenüber Amerika ausgeglichen werden.

Paris lehrt die Gegensätze hervor

Die Aufnahme der Laval-Rede in Berlin

Berlin, 22. Januar. In Berliner politischen Kreisen schließt man aus der ungewöhnlichen Schärfe, durch die sich die Rede des französischen Ministerpräsidenten Laval in der Kammer auszeichnete, daß man in Paris offenbar daran interessiert ist, die Gegenstände möglichst herauszufahren. Statt einen Weg der Einigung zu suchen. Zu dem schlichten Inhalt der Laval-Erklärungen wird festgestellt, daß die französische Regierung sich jetzt auf formale Punkte verweist, während natürlich eine so eingehende Auffassung über die — wie das Baleser Gutachten selbst sagt — „weltweite Bedeutung des deutschen Problems“ der wirklichen Sachlage nicht gerecht wird. Unter diesen Umständen

Wäre der französische Ministerpräsident am wenigsten das Recht, sich auf das Baleser Gutachten zu berufen, das ausdrücklich ein gemeinsames Handeln der Regierungen dringender fordert und an mehreren Stellen den Hinweis enthält, daß die Weltwirtschaftskrise durch die Tribute und die internationalen Schulden zum mindesten weitestgehend beseitigt wird. Gerade diesem steht die französische Regierung offensichtlich zu übersehen. Ein Provisorium, wie es Laval ebenfalls zugegeben will, könnte nur den Verlust

Wir werden anherdem stets die Zahlung des ungeschützten Teiles der Reparationen verlangen.

Dies sind die neuen Opfer, die wir nach allen anderen bereit sind zu machen. Bei den kommenden Verhandlungen kann nur die Rede von einem Provisorium sein. Deutschland darf nicht seinen eigenen Willen diktieren. Die deutschen Reichsbank haben bei und seinen Einfluss. Sie hätten im Gegenteil das Gefühl der Würde und der nationalen Selbstständigkeit. (Großer Beifall auf den Banken der Regierungsmehrheit.) Die Aufgabe, die sich Frankreich gestellt hat, kann nur erfüllt werden, wenn die Moral nicht aus den gegenseitigen Beziehungen ausgeschaltet wird.

In der Abrüstungsfrage

bleibt Frankreich bei seiner bisherigen Haltung, die sich auf den Völkerbundvertrag stützt. Frankreich nimmt keine Improvisationen an. Wenn alle Verträge beachtet werden, so ist eine Herabsetzung der Rüstungen möglich. Frankreich wird nicht nur das Beispiel seiner eigenen Abrüstung (?) nach West bringen, sondern politische Vorschläge machen, die vor allem in der Bewirklichung des Schiedsgerichtspatentes bestehen.

Als Laval darauf hinwies, daß Lardieu als Führer der Genfer Abordnung seinen bisherigen Posten nur ungern ausgeben habe und daß Frankreich keinen besseren Vertreter habe wählen können, enthielt auf der linken Seite ein lautes Lachen. Abschließend erklärte Laval, daß Frankreich in der augenblicklichen Lage kaltes Blut und festen Willen brauche, um seine Aufgabe zu erfüllen. Er sei sich der Verantwortung wohl bewußt. Am Vorabend der Genfer Konferenz sei leider die Regierung nicht so zusammengestellt, wie er es gewünscht hätte. Die Opposition forderte er mit erdröbender Stimme an, angesichts der schwierigen Lage alle parteipolitischen Gegensätze lassen zu lassen und über die Parteien und über Persönlichkeiten hinweg sich im Interesse Frankreichs und des Friedens zusammenzuschließen.

Die Ausführungen des Ministerpräsidenten wurden auf den Banken der Regierungsmehrheit mit anhaltendem Beifall begrüßt. Nach dem Ministerpräsidenten ergriff Franklin Bouillon das Wort und erklärte, daß er sich im Augenblick darum bandle, zu erfahren, was Frankreich angesichts der deutschen Haltung unternehmen wolle. Als einziger Redner sprach er eine direkte Drohung gegenüber Deutschland aus.

Indem er die Regierung anforderte, sich weder jetzt noch 1935 auf Verhandlungen über das Saargebiet einzulassen.

wenn das Reich seinen Verpflichtungen nicht nachkomme. Er erging sich sodann in den von ihm gewählten Angriffen gegen Deutschland, die er diesmal auch auf Amerika ausdehnte.

Als Franklin Bouillon geendet hatte, ging die Kammer zu den Abstimmungen über. Die radikale Tagesordnung Derrisot wurde mit 300 gegen 205 Stimmen abgelehnt.

Bei der endgültigen Abstimmung über den von der Regierung unterstützten Entschließungsantrag erzielte die Regierung mit 312 gegen 261 Stimmen eine Mehrheit von 51 Stimmen. Der Entschließungsantrag hat folgenden Wortlaut: Die Kammer bleibe bei internationaler Zusammenarbeit und der Organisation des Friedens tren, deren Grundlage die Achtung vor den Verträgen ist. Sie stimmt der Regierungserklärung zu, drückt der Regierung das Vertrauen aus und geht ohne Zusatzantrag zur Tagesordnung über.

Erweitere Wichtigstellung unterschlagen

Paris, 22. Jan. Der scharfe Protest des Reichswirtschaftsministers Erweiner gegen die verletzlichen Reparationsforderungen der französischen Senatoren über angebliche deutsche Geheimverträge wird nur von den in Paris erscheinenden amerikanischen Blättern im Ausland veröffentlicht, während die hiesige französische Presse ihn überhaupt nicht bringt. Augenblicklich will man sich die schone Propagandaaktion gegen die Abklärung durch die Wahrheit nicht verderben lassen.

Vorstoß in Wirtschafts-Neuland

Reformpläne wirtschaftspolitischer Art sind seit der Juli-krise des vergangenen Jahres wie Pilze aus der Erde geschossen, aber, ebenso kurzlebig, sind sie der allgemeinen Ablehnung verfallen. Die geltende Währungsverfassung ist, obwohl ihre Mängel unbestritten sind, zu einem Blümlein Nationalismus geworden, aus dem begrifflichen Grunde, weil man hinter allen Reformvorschlägen — je schwerer sie verhänglich sind, desto mehr — inflationistische Absichten mittert, und weil das deutsche Volk gegen solche mit Recht besonders empfindlich ist. Das ist auch der Hauptgrund, warum ein so ernsthafter und gut durchgearbeiteter Plan, wie der des Präsidenten des Statistischen Reichsamtes, Wagemann, begraben wurde, bevor er noch der Öffentlichkeit richtig bekanntgeworden war. Andererseits schweben nach den Angaben des Reichsfinanzministers in der Reichsregierung selbst Pläne zu einer Reform des Geldwesens, die noch im Dunkel des Geheimnisses gehüllt bleiben. Wenn auch versichert wird, daß diese Absichten mit den Wagemann'schen in keinem Zusammenhang stehen, so wird doch kein künftiger Reformversuch auslos an ihnen vorbeigehen können. Deshalb lohnt es sich wohl, sich mit diesen Gedankenanklagen vertraut zu machen.

Der wissenschaftliche Wert der Denkschrift wird dadurch erhöht, daß sie von einem theoretisch und praktisch gleich belagerten Fachmann ausgeht — Wagemann ist bekanntlich auch Leiter des Instituts für Konjunkturforschung —, und daß er sich die Mitarbeit und Zustimmung anderer Autoritäten auf diesem Gebiete gesichert hat. Als Teilnehmer an seiner Arbeitsgemeinschaft werden u. a. der Finanzdirektor der H. W. Farbenindustrie und Wirtschaftsprüfer der Reichsregierung, Schmitz, und der Münchener Nationalökonom, Prof. v. Schmiedeknecht-Schneckenbörner, genannt. Nach ihrer Darstellung wäre es einseitig und falsch, das Projekt nur nach seinem währungspolitischen Gehalt zu beurteilen; das Wesentliche und Neue daran ist vielmehr, daß es das staatliche und private Geldwesen, die Währung und den Bankverkehr in einem neuen System ordnen will, weil beides veraltet und reformbedürftig ist. Der Ausgangspunkt dieser Überlegungen ist die theoretisch anerkannte Unterscheidung zwischen dem Konsumgeld und dem erwerbswirtschaftlichen Geld, aus der nun auch die praktischen Folgerungen gezogen werden sollen. Es handelt sich hier, sagt Wagemann, um zwei ganz verschiedene Zahlungsgebiete und Zahlungswecke. Auf der einen Seite um die Summen, die zur Zahlung von Einnahmen und Gehältern benötigt und von den Empfängern gleich wieder zu Einkäufen verwendet werden — ein im großen ganzen gleichbleibender Umlauf, der mit Hilfe der Münzen und der kleinen Noten bis 50 Mark demühtigt wird. Auf der anderen Seite um die Kreditaufnahme und Schuldeneinlösung der Wirtschaftskredite, die meist bargeldlos durch Abrechnung und Aufrechnung bei den Geldinstituten erfolgt — hierfür hat die Wissenschaft den Begriff des Girogeldes geprägt —, oder mit Hilfe der großen Banknoten von 100 und 1000 Mark. Unter diese Kategorie von Zahlungen fällt auch der Geldverkehr mit dem Ausland. Von den bisher erörterten Vorschlägen abweichend, will aber die Arbeitsgemeinschaft um Wagemann keine Binnen- und Auslandswährung schaffen, sondern diese beiden Geldarten miteinander verknüpfen, und zwar in der Weise, daß man für alles Geld, das dem Konsumverkehr dient, also für die kleinen Noten, nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten eine andere Art von Deckung bereitstellt. Für den Umlauf dieser Noten, der drei Viertel des Gesamtumsatzes ausmacht, soll der Reichsbank in Höhe von drei Milliarden eine ewige, verzinsliche Schuld des Reiches zur Deckung gegeben werden. Zur Sicherstellung und zur Erhöhung des Vertrauens ist für diese Noten Annahmepflicht im Privatverkehr bis zum Betrage von 500 Mark und darüber hinaus unbeschränkter Annahmepflicht bei den Staatskassen und Umlaufpflicht gegen goldbedeckte rote Noten bei der Reichsbank vorgesehn. Dieser Teil des Vorschlags ist entscheidend; denn von hier aus soll das Wirtschaftsleben neuen Antrieb erfahren. Hier liegt das praktische Ziel des Planes. Wagemann rechnet so: Die Reichsbank hat neben den laufenden Betriebskrediten für etwa zwei Milliarden eingefrorene Kredite aufzuweisen, die in der Hauptsache von den Banken an öffentliche Körperschaften, Reich, Länder und Gemeinden, kurzfristig weitergegeben worden sind, von diesen aber wegen der Finanznot in den öffentlichen Kassen nicht zurückgezahlt werden können. Durch die Reichsschuld von drei Milliarden sollen nun diese Körperlichkeiten in die Lage versetzt werden, ihre Verbindlichkeiten bei den Banken abzutragen. Auf diese Weise würde die Kreditlage entspannt, die Banken bekämen wieder Mittel für Wirtschaftskredite frei, und wenn erst einmal das Eis zu schmelzen anfängt, hofft man, daß auch die eingefrorenen Industrief Kredite auftauen würden. Ob damit allerdings die Sanierung käme oder ob die dann unabweisliche Verzichtverpflichtung neue Katastrophen herbeiführen würde, das ist eine andere ungelöste Frage.

Bisher war nur vom Konsumgeld und seiner neuen Deckung die Rede. Wie ist es nun mit dem erwerbswirtschaftlichen